



Können brauchen keine Kammern
- **jedenfalls nicht zwangsweise!**

Kammerjäger
Informationen für
IHK- Verweigerer

Ausgabe: November 2003

Hallo, liebe Vereinsmitglieder!

wir haben, von der Dortmunder Zentrale aus, den **'heißen Herbst'** eröffnet. Das bedeutet, dass wir eine massive Aufklärungskampagne in Sachen 'Zwangsmemberschaft' gestartet haben. Im Rahmen dieser 'Aufklärungsarbeit' werden nahezu wöchentlich Bundes- und Landtagsabgeordnete eine große Anzahl über Einzelheiten informiert.

In einem ersten Schritt haben wir einige unserer Mitglieder - insbesondere aus dem näheren Wohn-Umfeld von Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses - gebeten, sich mit den Parlamentariern in Verbindung zu setzen und ein **persönliches Gespräch** über die Zwangsmemberschaft zu verabreden.

Diese 'erste Gesprächsrunde' sollte etwa Mitte November abgeschlossen sein.

Mit diesem Kammerjäger fordern wir nun alle unsere Mitglieder nachdrücklich zu aktiver und persönlicher Lobbyarbeit in eigener Sache auf.

Sie erhalten die Namen und Kontaktdaten von Bundestagsabgeordneten aus Ihrer näheren und weiteren Umgebung und hiermit die Bitte und dringende Aufforderung:

rufen Sie Ihre Abgeordnete, Ihren Abgeordneten an und verabreden Sie einen Gesprächstermin. Reden Sie mit ihnen und überzeugen Sie die Damen und Herren von der Wichtigkeit Ihres und unseres gemeinsamen Anliegens.

Hierfür erhoffe und erwarte ich ...

... unbedingt auch Ihre Bereitschaft, Ihr Engagement.

Für Ihr Gespräch 'von Zwangsmember zu Abgeordnetem' haben wir einen 'Leitfaden' vorbereitet, den Mitglieder in der Dortmunder Zentrale anfordern können. Dieser soll Anregungen geben für Gesprächsthemen und Fakten zu möglichen Einwänden Ihrer Gegenüber.

Ich bitte Sie anschließend um eine kurze Gesprächsnotiz über das Ergebnis Ihrer Gespräche.

Bitte informieren Sie uns unbedingt auch, falls Sie keinen Gesprächstermin angeboten bekommen, oder Sie von der bzw. dem infrage kommenden Abgeordneten abgewimmelt worden sein sollten.

Gehen Sie diese Aufgabe genau so an, als ob Sie einem bestimmten Kundenauftrag unbedingt haben wollen: also zielorientiert, mit Ihren, in persönlicher Erfahrung mit den IHKn gewonnenen, Sachargumenten und - **beharrlich**.

Es müssen natürlich möglichst viele Abgeordnete **ganz persönlich** angesprochen um sie davon zu überzeugen, dass dieser wirtschaftsfeindliche Anachronismus endlich beendet werden muss.

Denn auch die Kammerbeamten und ihre Lobbyisten sind aktiv geworden. Nach unseren Informationen haben Abordnungen der IHKn bereits fast alle Abgeordnete in ihren Wahlkreisen 'besucht', oder die Parlamentarier zu

'Kamingesprächen' eingeladen um sie auf 'Kammerlinie' zu bringen, denn ...

eine - politische - Entscheidung ...

... zur Abschaffung des Kammerzwangs zeichnet sich seit dem Frühjahr diesen Jahres ab. Sehr vorsichtig zwar und auch 'nur' von Seiten der SPD, aber immerhin ist 'Licht am Ende des Tunnels' zu erkennen.

Sie alle wissen von Aktivitäten des Abgeordneten Kahrs (MdB/SPD). Hinzugekommen sind Aktivitäten aus der 'Arbeitsgruppe der Selbständigen in der SPD' (AGS) von Rheinland-Pfalz. Diese wollen zum Bundestag (17-19.11.) einen Antrag einbringen, der die Abschaffung der IHK- Zwangsmemberschaft zum Ziel hat. Es soll darin ein konkreter Auftrag der Partei an Fraktion und Regierung zur Vorlage eines neuen IHK- Gesetzes erteilt werden, in dem die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft festgeschrieben wird.

Nach unseren Einschätzungen sind inzwischen weit mehr als 150 Bundestagsabgeordnete bereit den Kammerzwang abzuschaffen. Knapp 400 sind noch unentschieden und etwa 50 bis 60 Abgeordnete sind als Kammerlobbyisten bekannt.

Sie sind eingeladen ...

... nein: SIE sind jetzt unbedingt gefordert.

Am 27.11.2003 wird es im SPD-Fraktionsaal eine **öffentliche Podiumsdiskussion**

geben, die auf den Vorstoß des Abgeordneten *Johannes Kahrs* zurückzuführen ist. Hierzu hatte ich berichtet und SIE haben durch Briefe, Faxe und E-Mails diese Initiative bereits im Sommer kräftig unterstützt.

Nun kommt es darauf an, dass 'die UnternehmerInnen' möglichst zahlreich und engagiert der SPD-Fraktion zeigen, welche Vorstellungen auf Seiten der vom Kammerzwang tatsächlich Betroffenen bestehen.

Bitte merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor.
Ort: Reichstag Berlin, Eingang Süd (Tiergartenseite)
Datum: 27.11.2003 von 16° bis 18° Uhr,
Einlass: ab 15° Uhr
Aufgrund der erhöhten Sicherheitsvorkehrungen ist eine Anmeldung unter Angabe von Name, Vorname und Geburtstag bis zum 18.11. erforderlich.

ACHTUNG: Zur Veranstaltung im SPD-Fraktionsaal ist es erforderlich, dass Sie Personalausweis oder Reisepass bei sich haben, da Sie ansonsten **nicht** in die Abgeordnetenräume des Reichstags hineingelassen werden. Im Anschluss ist die Besichtigung der Reichstagskuppel möglich.

Ihre Anmeldung senden Sie bitte entweder als E-Mail auf der **ihk-verweigerer@web.de** oder unter der Fax-No.: 0231 - 423313 , in jedem Fall aber **bis zum 18.11.2003**.

Es kommt JETZT auf SIE an. Wir zählen auf SIE als Unternehmer/in und rechnen fest mit Ihrer Teilnahme.

Auch die FDP hat ...

... inzwischen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUn) entdeckt und ihre 'Unternehmerorganisation', die 'Liberaler Initiative Mittelstand' (LIM), beginnt - ebenso wie die AGS - Druck auf die 'kammernahen' Politiker/innen in Ihren Reihen zu machen.

Das massive Auftreten von Kammerfunktionären auf der Veranstaltung am 26.09. in Koblenz zeigte die Sorge um ihre Existenz und ich denke, dass dies 'ergebnisoffenen' Anwesenden auch kaum verborgen blieb.

Positiv war die große Resonanz, denn der Raum war, in Erwartung von etwa 60 bis 80 Teilnehmern, mit ca. 130 Personen überfüllt. Ein großer Teil davon waren, trotz der späten Stunde, Kammerbedienstete und kammerfreundliche Unternehmer/innen.

Als ganz wichtige Erkenntnis muss immer wieder beachtet werden, dass sich 'unsere Klientel' auf keinen Fall räumlich 'en bloc' positioniert. Darauf weise ich immer wieder hin, aber offensichtlich mit nur mäßigem Erfolg. Es war daher für einen äußerst einseitig agierenden Moderator - ein Duz-Freund des HGF Patzke und anderer Hauptamtlicher, der zudem noch kurzfristig gegen die vorgesehene Moderatorin ausgetauscht wurde - ein Kinderspiel herauszufinden, wo im Raum welche Meinung abzufragen war und Wortmeldungen aus dem Kritikerblock 'geflissentlich zu übersehen.'

Wir haben auf verschiedenen ...

... Podiumsdiskussionen der letzten Wochen gute Resonanz gehabt und ich bin davon überzeugt, dass wir jetzt unsere Chancen nutzen, unsere Aktivitäten verstärken müssen, um die 'Unentschlossenen' bzw. 'Un-' oder 'Fehlinformierten' in den **Landtagen** und im **Bundestag** zu überzeugen.

In den kommenden Wochen **wird es also entscheidend** darauf ankommen, **wie intensiv und zahlreich Sie mitmachen** und an dieser Aufklärungskampagne teilnehmen.

Liebe Vereinsmitglieder, es liegt jetzt ganz wesentlich an Ihnen, ob es uns gemeinsam gelingt, den begonnenen Prozess zu beschleunigen und noch soweit zu verstärken, dass diese Reform nicht länger aufgehalten werden kann.

Erinnern wir 'unsere' Politikerinnen ...

... und Politiker im **Bundes-** und in den **Landtagen** auch sehr nachdrücklich an die Worte von **Alfred Herrhausen**, dem 1989 ermordeten Bankier, der erkannte, dass ...

An dem Tag, an dem die Manager vergessen,
dass eine Unternehmung nicht weiter bestehen
kann, wenn die Gesellschaft ihre Nützlichkeit
nicht mehr empfindet oder
ihr Gebaren als unmoralisch betrachtet,
wird die Unternehmung zu sterben beginnen.

Und in diesem Sinne ist es jetzt 'nur noch' eine Frage von Zeit, die noch vergeht, bis das **unmoralische** und **unnütze System zwangsweiser Verkammerung** großer Teile **der Gesellschaft** wirklich und endgültig **'gestorben'** ist.

Erinnern Sie 'Ihre' Abgeordneten immer wieder deutlich und nachdrücklich an diese Worte und daran, dass weit mehr als 3 Millionen Unternehmerinnen und Unternehmer dieser - Ihrer - Meinung sind.

Fordern Sie von 'Ihren Parlamentariern' dass sie endlich handeln und dass sie sich für die Belange der Bürger einzusetzen haben.

Denn die Abgeordneten sollten wissen: Unternehmerinnen und Unternehmer **sind auch Wähler** und die können ganz schön 'nachtragend' sein, wenn wieder Wahlen anstehen.

Wir legen die Alternativen auf ...

... den Tisch, damit uns nicht vorgeworfen werden kann, wir würden 'immer nur meckern' und es gäbe keine Alternative außer der Wahl zwischen 'Kammern oder Staat.

Der fortwährende Rückzug auf **diese** 'Alternative' zeigt die ganze Einfallslosigkeit unserer Politikerinnen und Politiker. Dabei sind die Möglichkeiten, die wenigen Kammeraufgaben auch in einer freiheitlichen und demokratischen Art und Weise zu erledigen, vorhanden auch ohne sie 'an den Staat' zu delegieren und in mehr als 150 Volkswirtschaften dieser Erde auch längst bekannt. Wir Unternehmer sind jedenfalls dazu bereit, auf die uns von Politikern immer wieder 'schmackhaft gemachten **'Vorteile'** der Kammermitgliedschaft **vollständig zu 'verzichten.'**

Das Bundesverfassungsgericht ...

... hat sich erneut um zwei Entscheidungen zu Verfassungsbeschwerden **herumgedrückt**; sie 'nicht zur Entscheidung angenommen.' Eine betraf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, bei dem 'unser Kläger' zu großen Teilen bereits Recht bekommen hatte. Kritisiert wurde eine Beteiligung der IHK-München am Privatflughafen Fürstenfeldbruck.

Aufgrund des Urteils des BVerwG mussten die Gesellschaftsverträge geändert werden, aber die 'vorübergehende Beteiligung' in Höhe von 5.000 DM wurde als sogenannte 'Anschubfinanzierung' vom Gericht noch toleriert.

Unser Ziel war es durch das BVerfG ein generelles Verbot, derartiger 'Beteiligungen' zu untersagen, weil sonst wieder jeder Einzelfall per Gericht beklagt werden muss. Zu diesem 'allgemeinen Verbot' wollte sich das BVerfG nicht hinreißen lassen und verwies auf den normalen Rechtsweg, auf dem derartige Vorgänge zu klären seien.

Ebenso 'erging' es einer Beschwerde, bei der es um den Wettbewerb der IHK im Bereich der Weiterbildung ging. Auch hier hatte der Kläger bereits im Vorverfahren zu Teilen 'Recht' bekommen. Die IHK wurde auch 'teilweise' verurteilt und es sollte nun ebenfalls eine höchstrichterliche Entscheidung in der Gesamtproblematik erstritten werden.

Auch in diesem Fall wurde die Verfassungsbeschwerde 'nicht zur Entscheidung angenommen.' Es sind aber bereits vor diesen Nicht-Annahme-Entscheidungen des BVerfG weitere Verfahren von uns eingeleitet worden, bei denen weit umfangreichere IHK- 'Beteiligungen und Mitgliedschaften' beklagt werden, die in die Millionen € gehen.

Das führte bei einigen IHKn ...

.. bereits dazu, dass ein Teil der Beteiligungen und Mitgliedschaften aufgegeben wurden, ohne dass Klage erhoben werden musste.

Die IHK-Hagen hat beispielsweise bereits 13 - von mehr als 60 - dieser ihrer 'Versuche eines Existenzberechtigungsnachweises', aufgegeben und sich aus Firmen und Vereinen zurückgezogen. Auch eine Beteiligung an einer weiteren 'Wirtschaftsförderung' in Lüdenscheid wurde, aufgrund von Kritik aus den Reihen der kammerkritischen VV-Mitglieder, zurückgezogen.

Diese massive Kritik 'unserer VV-Mitglieder' und ihre sehr konstruktiven Vorschläge, zu sparsamem Umgang mit den Zwangsbeiträgen, führen gelegentlich zu recht interessanten 'Offenbarungen.' So wurden bei der IHK-Hagen die Sparvorschläge aufgegriffen und eine Unternehmensberatung mit einer 'Geschäftsprozessanalyse' beauftragt.

Das Ergebnis dieser externen Beratung deckt sich in Teilen mit den Vorschlägen der Kammerkritiker. Der interessante Teil folgte im Anschluss an die interne Veröffentlichung.

Der Unternehmerverband Iserlohn - auf freiwilliger Basis verbundene Unternehmer - befürchtet einen Verlust seiner Vorteile. Nicht nur bei der Verwirklichung der Rationalisierungsvorschläge, sondern auch bei einer freiwilligen IHK-Mitgliedschaft, weil damit verbunden seine '... eigenen Mitglieder höhere Beiträge zahlen müssten.'

Interessant, diese 'Interessen-Gemengelage', oder?

Von den Pressemeldungen ...

... der *Kammerjäger* des Jahres 2003 möchte ich Ihnen ein paar Schlagzeilen nicht vorenthalten.

Bund der Steuerzahler für Zwangsmemberschaft?
SPD-Politiker Kahrs für unternehmerische Freiheit
IHKn -keine Gesprächspartner beim Bürokratieabbau!
IHK- Kassel betreut 'gewerbetreibenden' Häftling.
IHK-Heilbronn als Ausbildungsplatzverhinderer
IHK-Heilbronn: Gebühren in Frage gestellt!
IHKn mit schlechten Noten für Gründungsberatungen!
Frage: Warum droht vielen Gemeinden die Pleite?
IHKn dürfen nicht das Handelsregister führen!
IHKn müssen auch über Interna Auskunft geben!
IHK- Kammerwahl 2001 ungültig
Gemeinwohl(ver)bindungen von BND und IHKn?
Zwangsmemberschaft verstößt gegen EU- Recht!

Aktuelle **Einzelheiten** lesen Sie auf unserer Homepage www.kammerjaeger.org oder www.ihk-verweigerer.de.

Es ist zum Jahresende ...

... allerdings erforderlich von meiner Seite auch auf einen Kritikpunkt hinzuweisen. Dieser betrifft die Bereitschaft, unserer Mitglieder - Ihre Bereitschaft, wenn Sie so wollen - zu einem geringen, persönlichen Engagement, wenn es um die Kandidatur bei 'Kammerwahlen' geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Vereinsmitglieder, wir sind 'ein sehr eigenartiger Verein' - das wissen Sie.

Das 'Eigenartige' an unserem Verband besteht eben in der Erwartung, dass sich unsere Mitglieder auch gelegentlich, freiwillig und in einem sicher von allen zu bewältigendem Umfang, für die gemeinsame Sache persönlich engagieren und nicht nur den Gegenwert von 'monatlich zwei Bier' als Beitrag zahlen.

Denn bei diesen 'Wahlen' ist es ganz wichtig, dass Sie auch als Kandidaten mitmachen. Das ist - bei **vier Sitzungen pro Jahr, mit Sekt und Schnittchen im Anschluss** - kaum Arbeit und Sie (und wir) durchschauen die IHK-Interna noch besser.

Sie werden auch überrascht sein, wie viele der anderen Vollversammlungsmitglieder, im direkten Gespräch mit Ihnen, Ihre Gedanken verstehen, sogar teilen und dass Sie, als VV- Mitglied quasi 'aus dem inneren Zirkel der IHKn' heraus, erhebliche Wirkungen auslösen können.

Haben wir Mut gemacht?

... **mit unserem Widerstand** gegen völlig unnötige, bürokratische und wirtschaftsfeindliche Strukturen? Gegen 'systematische Geldvernichtung', insbesondere zu Lasten der KMUn?

'Unserem Beispiel werden weitere folgen', diese Erwartung wird nun Realität. Unter dem Aktenzeichen **S18U 3908/02** wird beim Sozialgericht Frankfurt/Main ein Verfahren gegen die **Zwangsmemberschaft** in der **Berufsgenossenschaft** geführt. Dieses Verfahren, von einem Unternehmen aus Mülheim am Main geführt (lt. mi fh22/03), richtet sich gegen die generelle Zwangsversicherung in den BGn. Auch hier ist die mögliche Alternative einfach, einleuchtend und lautet: **Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung**

Das hier geführte Verfahren wird, so markt-intern " ... zum Präzedenzfall auch für die Berufsgenossenschaften etwa im Einzelhandel oder in der Feinmechanik werden." Und nicht nur in diesen Wirtschaftsbereichen wird es hoffentlich bald zu einer Änderung kommen.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest und dem Jahresende wünsche ich Ihnen Frohe Weihnachten und ein glückliches, erfolgreiches und insbesondere gesundes Neues Jahr.

Impressum:

Herausgeber: IHK-Verweigerer e.V. Dortmund
E-mail: IHK-Verweigerer_e.V.@t-online.de
Redaktion: Axel Pestel / **V.i.S.d.P.**
E-mail: ihk-verweigerer@web.de
Nachdruck oder Vervielfältigung - auch auszugsweise - nur bei Quellenangabe.
erlaubt. Presseorgane, werden um Übersendung eines Belegexemplars gebeten.
Text & Design © '98/2003 by Axel Pestel